die freiheitsfackel

M i t t e i l u n g s b l a t t

für die Mitglieder des Freiheitsbundes e.V. Landesverband Berlin

Nummer 1 Januar 1956

Liebe Kameraden!

Das Mitteilungsblatt des Freiheitsbundes Berlin, welches heute seinen Weg antritt, soll dazu dienen, viele Dinge, die uns besonders interessieren oder die wir ansprechen wollen, den Kameraden nahe zu bringen.

Die Tageszeitungen bringen diese Dinge nicht oder nur an untergeordneter Stelle. Auch der Freiheitsbund selbst wird nur sehr selten und in kürzester Form erwähnt, obwohl so manche grosse oder kleine Veranstaltung erst durch die Beteiligung des Freiheitsbundes den wirksamen Rahmen bekam. Die Kameraden des Freiheitsbundes haben bewiesen, dass sie nicht reden, sondern zu handeln verstehen, und zwar unter Einsatz ihrer ganzen Person.

Was wir wollen, ist in unserem Mitteilungsblatt die Dinge zu kennzeichnen, welche heute schon wieder unter dem Tarnmantel der Demokratie und unter den Farben Schwarz-Rot-Gold möglich sind. Toleranz und Langmut sollten nicht als Schwäche oder Feigheit ausgelegt werden und eine Ermutigung sein, Freiheit und Demokratie zu untergraben.

Wir rufen alle aufrechten Demokraten, wir rufen die Jugend in ihrer Freiheitsliebe und in ihrem Idealismus, mit uns den Kampf für die Erhaltung der Freiheit und der Demokratie zu führen und unsere Mitkämpfer zu werden!

Möge besonders die deutsche Jugend verstehen, dass i h r e Zukunft nur in der Freiheit und Demokratie gesichert ist, dass diese Zukunft aber im Kampf gesichert werden muss gegen jene Falschheit, die Schwarz-Rot-Gold nur als Schutzschild benutzt, in Wirklichkeit aber Schwarz-Weiss-Rot oder kommunistische Embleme meint.

Für Freiheit und Demokratie wollen wir Rufer sein und vor den falschen Freunden warnen. Nur so ist auch ein wiedervereinigtes Deutschland möglich.

Jeder ehrliche Mensch ist uns als Mitkämpfer willkommen. Das Mitteilungsblatt soll uns dabei ein guter Helfer sein! Glück auf den Weg!

Mit freiheitlichem Gruss

Kreutlein

1. Vorsitzender
(Kreutlein)

U n s e r K u r s i s t d e r a l t e

Mit Stolz gedenken wir älteren FB-Kameraden unserer Reichsbanner-Zeit. An uns hat es wahrhaftig nicht gelegen, dass ein Hitler zur Macht kam, denn wir standen in der entscheidenden Stunde bereit. Hunderttausende von Reichsbannerkameraden warteten im Juli 1932 auf den Einsatzbefehl, bereit, die Demokratie mit ihrem Leben zu verteidigen. Dieser Befehl kam nicht.

Der damaligen republikanischen Prominenz fehlte der Mut zum Handeln; sie versuchte nach längst überholtem Schema zu taktieren, wo eindeutige Konsequenz notwendig war.

Späterhin hat mancher dieser republikanischen Führer, einst von Millionen als Garant demokratischer Freiheit verehrt und gefeiert, in seinen "Lebenserinnerungen" sein Versagen in entscheidender Stunde damit zu erklären versucht, dass er unnützes Blutvergiessen vermeiden wollte, dass die gegnerischen Kräfte inzwischen stärker waren, die staatlichen Machtmittel nicht ausreichten und, was schlimmer, nicht mehr zuverlässig waren.

Es wird ein ewiger Vorwurf gegen manchen sonst ehrenwerten politischen Führer der damaligen Zeit bleiben, dass er nicht zehn Jahre vor dem Hitler-Putsch die Schwäche seiner eigenen Position einer breiten Öffentlichkeit offenbarte und das Gewissen sowie die Tatkraft aller echten Demokraten aufrüttelte, als es noch Zeit war. Mit nur starken Reden und dem Vortäuschen einer Machtposition leistete er Vorschub der Bequemlichkeit und Denkträgheit mancher sonst guten Republikaner, die dann unter Berufung auf solche Experten die Republik für "gefestigt" und "verankert" halten konnten.

U n d w i e i s t e s h e u t e?

Schon kurze Zeit nach Beendigung des Hitler-Wahnsinns zwang uns unser politisches Gewissen und die Sorge um die vielleicht letzte Chance unseres Volkes, einen demokratischen Staat zu errichten, der beschaulichen Ruhe des Privatisierens ade zu sagen, weil Stalin und seine deutschen Steigbügelhalter die Hitler-Diktatur durch die bolschewistische Diktatur ablösen wollten.

Als Freiheitsbund Berlin e.V. sammelten sich frühzeitig alte Reichsbannerkameraden und junger Nachwuchs, bereit, die Demokratie nicht von neuem untergraben und dann beseitigen zu lassen - und manche ihrer getarnten oder offenen Gegner bekamen uns bald zu spüren.

Es wäre uns lieber gewesen, nach jahrelangem, ja jahrzehntelangem Einsatz in der sogenannten politischen Drecklinie uns endlich allein auf die staatlichen Machtmittel einer echten demokratischen Regierung

verlassen zu können - Idealzustand eines Staates -, doch liessen die politischen Nachkriegserscheinungen dies leider nicht zu. Wir fühlten Verpflichtungen gegenüber so manchem Toten, im KZ Umgekommenen und Verwundeten, der einst in unseren Reihen für die Demokratie kämpfte. - Als 1945 der Hitler-Spuk zu Ende ging und über Berlin ein Chaos hereinzubrechen drohte, da waren nicht viele bereit und in der Lage, den "Müllkutscher" zu spielen. Heute dagegen glaubt schon wieder mancher der an den Narben Berlins Mitschuldigen, diese Berufsbezeichnung hämisch glossieren zu dürfen. Uns kann das nicht tangieren. Die damals im selbstlosen Einsatz arbeitenden Männer und Frauen, in verschiedenen politischen Parteien organisiert, aus den verschiedenartigsten Weltanschauungen kommend und in oft gegensätzlichen Berufen tätig, sind heute noch stolz auf ihren "Müllkutscher". Denn o h n e i h n h ä t t e e s k e i n e n W i e d e r a u f b a u B e r l i n s g e g e b e n.

Berlin, Hort der Freiheit und Bollwerk des echten demokratischen Widerstandsgeistes, ist heute ein Begriff in der gesamten Kulturwelt. Nur im eigenen Land erlaubt sich eine Gruppe blamierter ewig Gestriger in breiter Gemeinschaft mit sklavisch slawisch-ausgerichteten Auchdeutschen ihm diese Anerkennung zu versagen. Solange solche verhinderten Staatsmänner, sich deklassiert Fühlenden, Job-Verlierer oder von krankhaftem Ehrgeiz fast aufgezehrten Wesen unter sich bleiben und in ihren Zirkeln den heutigen Staat - die Demokratie - deklamatorisch "vernichten", mag es hingehen. Auch "Trojanische-Pferd-Füllungen" vermag eine gute Demokratie zu verdauen, besonders wenn diese sich aus Sicherheitsgründen fast ausnahmslos auf "reichsbahn"eigenem Gelände produzieren. Andere Saiten müssen jedoch aufgezogen werden, wenn solche Gruppen glauben, das von Ihnen widerrechtlich beanspruchte Naturschutzgebiet verlassen zu dürfen. Da hört die demokratische Grosszügigkeit auf und muss aufhören, wenn Demokratie nicht wieder wie zur Zeit der Weimarer Republik mit sträflicher Schwäche verwechselt werden soll. - Wir zweifeln sehr, ob heute überall - in Staatsstellen und sonstwo - die richtigen Leute stehen, um die Wiederkehr einer Diktatur in Deutschland zu verhindern. Manches Ereignis der letzten Zeit gibt unserem Zweifel neue Nahrung. Wer z. B. einstmals hier oder dort aus irrendem Idealismus, Opportunismus, aus Bequemlichkeit oder aus Feigheit mitgemacht hat, kann nicht als ein Garant der Demokratie gelten, denn die Vergangenheit hängt selbst Gutwilligen, inzwischen politisch Insichgegangenen noch eine ganze Weile an. -

Wer nicht die richtige Blutgruppe besitzt, d.h. die oft schmerzensreichen und entsagungsvollen Lehrlings- und Gesellenjahre der Demokratie hinter sich gebracht hat, ist - unsere Vergangenheit lehrte es eindeutig - im demokratischen Staate an wichtigen Stellen fehl am Platze. Auch die Vertreter der "Amt-und-keine-Meinung"-Theorie sind ungeeignet, haben sie, von einigen lobenswerten Ausnahmen abgesehen, tatsächlich das Funktionieren der Diktaturmaschine doch immer erst möglich gemacht.

Menschen mit solchen Vorbelastungen, dazu Nachwuchs mit Hitlerscher Jugenderziehung und jetzt auch schon überall in wichtigen Positionen im heutigen Staat - man wird einsehen müssen, dass wir, als vom Feuer genügend gebrannte Kinder, in derartigen Exponenten der Demokratie niemals die Garanten für eine entschiedene Abwehr jeglicher Diktaturbestrebung erblicken können.

Wir jedoch kennen unsere Pappenheimer - von links und rechts! Es hat sich nichts geändert, auch nicht bei ihren Querverbindungen. Wie wir bereits vor dreissig Jahren nach beiden Seiten zurückschlagen mussten, um die Demokratie und die Farben Schwarz-Rot-Gold durchzusetzen, so scheint es auch heute wieder genau so zu werden, wenn nicht überall in Deutschland endlich zum Durchbruch kommt, was selbstverständlich sein sollte, nämlich die Forderung: D e m o k r a t i e n u r f ü r D e m o k r a t e n!

Sich bei der notwendigen Abwehr von Gegenbestrebungen allein auf die Staatsorgane verlassen zu wollen, ist eines echten demokratischen Staatsbürgers nicht würdig. Eine nicht allzu ferne Vergangenheit hat ja auch gezeigt, wohin eine solche zu weit verbreitete Zipfelmützenpolitik führt.

Zum Schluss sei betont: Es ist selbstverständlich, dass wir den demokratischen Staatsorganen allen schuldigen Respekt bezeugen und keine Extraansprüche für uns begehren. Wo wir aber fürchten müssen und erkennen, dass deren Kräfte zur Abwehr von Angriffen gegen die Demokratie versagen oder nicht ausreichen, wehren wir uns wie gewohnt; denn unser Kurs ist der alte!

Carlomonte

Ein wichtiger Gedenk- und Mahntag

Am 1. Januar 1891 erschien zum ersten Mal der "Vorwärts", Berliner Volksblatt, Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" als Tageszeitung. Mit 25 000 Abonnenten, die der "Vorwärts" von seinem Vorläufer, dem "Berliner Volksblatt", übernahm, begann

eine entscheidende Epoche für die Durchdringung des Lesepublikums mit den Gedankengängen der deutschen Sozialdemokratie. Es begann aber auch ein wichtiger Abschnitt in der Geschichte der öffentlichen Meinungsbildung der Neuzeit.

Eine politische Bewegung, die eine Änderung der gesellschaftlichen Situation herbeizuführen wünscht, kann auf das Mittel der Publizistik niemals verzichten. Die Geschichte der offiziellen Presseorgane der deutschen Sozialdemokratie ist eng verbunden mit den Klärungs- und Gärungsprozessen einer jungen Bewegung, die mehr voluntaristische Voraussetzungen als finanzielle Fundamente besass.

Die Gründung des "Vorwärts" erfolgte zu einem Zeitpunkt, da nach dem Erlöschen des Sozialistengesetzes der Parteitag der SPD in Halle die Notwendigkeit eines zentralen Organs erkannt hatte. - Wir alle kennen den "Vorwärts" aus den Jahren vor 1933. Und heute noch ist uns in Erinnerung geblieben, dass diese Zeitung zweierlei Aufgaben hatte, die ihr Gesicht bestimmten: einmal war sie Zentralorgan der Partei, zum anderen sollte sie über die Berliner Lokalereignisse Bericht erstatten. Zwar gab es viele Auseinandersetzungen, und die "Vorwärts"-Debatten auf den Parteitagen der SPD nahmen einen nicht geringen Raum ein. Je mehr die Zeit vorschritt und die nationalsozialistische Gefahr drohte, umso mehr nahm der "Vorwärts" den Charakter eines antifaschistischen Kampfblattes an.

Als am 27. Februar 1933 der Reichstag angezündet worden war, rollten wenige Stunden später Lastwagen auf den Hof in der Lindenstrasse, wo der "Vorwärts" gedruckt wurde. Die Polizei liess die Rotationsmaschinen anhalten und beschlagnahmte die bereits teilweise gedruckte Auflage der Morgenausgabe mit den Berichten über den Reichstagsbrand. Damit endete die wechselvolle Geschichte des Berliner "Vorwärts".

Es ist vielleicht die Tragik der politischen Meinungsbildung in Deutschland, dass sie vielfach von trüben und undurchsichtigen Quellen gespeist wird. Viele Sozialdemokraten hatten sich in den Jahren nach 1918, sich ihrer sicheren Existenz bewusst fühlend, von d e r Zeitung abgewandt, die den politischen Zielen zum Siege verholfen hatte. Man glaubte sich über diese Zeitung erhaben und bevorzugte eine Presse, die in keiner Weise der Weimarer Republik wohlwollend gegenüberstand. Auch heute können wir in Berlin und in der Bundesrepublik ähnliche Erscheinungen finden.

Es ist viel über die Geschichte des "Vorwärts" und ebenso viel über den Gedenktag am 1. Januar 1891 geschrieben worden. Sollte man nicht als Gegenstück dazu einmal die Geschichte der Zeitungsleser in Deutschland schreiben? Was nutzten der Mahn- und der Warnruf der freiheitlichen Presse vor 1933, wenn er nicht gehört wurde?
Der 1. Januar dieses Jahres gibt uns Anlass, uns, die wir im Freiheitsbund für die Demokratie eintreten, ernsthaft zu überlegen, ob wir es für zweckmässig halten und überhaupt verantworten können, auf die publizistische Verbindung zu den Quellen unserer Kraft zu verzichten, ohne selber Schaden zu leiden und somit auch unser Ziel zu gefährden.

Rückschau auf 1955

Wenn wir das Jahr 1955 nochmals an uns vorüberziehen lassen, stellen wir mit Berechtigung fest, dass der Freihei tsbund seine Pflicht erfüllt hat. Neben zahlreichen Veranstaltungen in den Bezirken wurden Saalschutz, Einsätze besonderer Art und organisatorische Arbeit nicht vernachlässigt. Die Sitzungen des Beirates, des Technischen Ausschusses und der Landesleitung fanden regelmässig statt.
An zentralen Veranstaltungen fanden statt:

23. 1. Feier in Plötzensee für Theo Haubach
9. 3. Beisetzungsfeier für Karl Wiegner
17. 4. Jahreshauptversammlung Filmsaal "Telegraf"
1. 5. Maifeier Rathaus Schöneberg
17. 6. Feier des 17. Juni Rathaus Schöneberg, Marsch zum Kreuzberg
24. 6. Ehrenwache Rathenaustein
19. 7. Feier in Plötzensee 20. Juli 1944
14. 8. Kreuzberger Heimatwoche Marsch Kreuzberg
3. 9. Lehrgang im Zeltlager
4. 9. Einweihungsfeier Zeltlager Hakenfelde
8. 9. Ehrenabend für Oberst Lange
11. 9. PrV-Feuer Ehrenmal Wittenau
5.10. Kundgebung Sporthalle Schöneberg
13.10. Kurt-Schumacher-Gedenkfeier Reinickendorf
20.10. Kundgebung Funkhalle
20.11. Ehrenwache für die 17. Juni-Gefallenen, Denkstein hof Seestrasse
23.11. Theaterveranstaltung der "Bunten Bühne" Kammersaal Hallesche Strasse

Erbe-

Nur ein paar Zeitungsmeldungen

"Ausgerechnet..."

Alfred Neumann, 1. Sekretär der Bezirksleitung Gross-Berlin der SED, phantasierte lt. "Neues Deutschland" vom 4. 12. 1955 u.a. vor der BEWAG (Ostsektor)-Belegschaft:

> "Uns ist auch bekannt, dass die sozialdemokratischen Kreisorganisationen im demokratischen Sektor Ermittler eingesetzt haben, die Recherchen anstellen, wo ehemalige reaktionäre preussische Berufsbeamte, sogenannte 131er, wohnen. Diese Informationen geben sie an Westberliner Senatsdienststellen weiter. Damit hilft die SPD im demokratischen Sektor auf Anweisung der Brandt und Suhr und mit Billigung der sozialdemokratischen Mehrheit im Abgeordnetenhaus und Senat, die alten faschistischen Berufsbeamten in die entscheidenden Positionen der Westberliner Verwaltung zu lancieren."

+

"Soll ihn die Heilanstalt retten?"

> "Clauberg schwer belastet
>
> Kiel, 23. November (AP). Das Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen SS-Brigadeführer Prof. Dr. med. Carl Clauberg wird trotz seiner am Dienstag erfolgten Einweisung in die Heilanstalt Neustadt fortgesetzt, gab am Mittwoch die Oberstaatsanwaltschaft beim Kieler Landgericht bekannt. Täglich laufen in Kiel schwere Beschuldigungen gegen Clauberg ein, der nach eigenen Angaben als beamteter Arzt des Konzentrationslagers Auschwitz rund 150 weibliche jüdische Häftlinge sterilisiert hat. Eine Reihe von Tatzeugen, die sich in Berlin aufhalten, sollen in Kürze vernommen werden. Bisherige Hauptzeugin gegen Clauberg ist nach Mitteilung des Oberstaatsanwalts eine amerikanische Jüdin, die bereits in Düsseldorf vernommen wurde."
>
> (Frankfurter Rundschau vom 24.11.55)

+

Der "Spiegel" veröffentlichte in Heft 52 (S. 9) vom 21. Dezember 1955 folgende Notiz:

> "In einem Artikel würdigte der 'SPD-Pressedienst' den über 1000 Mann starken 'Freiheitsbund' in Westberlin, der die Tradition des 'Reichsbanners' fortsetze und nicht zuletzt dazu beigetragen habe, dass es 'in Westberlin bisher fast in keinem Falle zu einer Störung demokratischer Kundgebungen von kommunistischer oder rechtsradikaler Seite gekommen ist'. Wenn keine gesetzlich begründeten Schritte gegen Kommunisten und Rechtsradikale möglich seien, habe sich der 'Freiheitsbund' die Aufgabe gestellt, 'gegen die Feinde der Demokratie notfalls mit gleichen Waffen zurückzuschlagen'. Der Sozialdemokratische Pressedienst stellte die Frage, 'ob es nicht ganz allgemein Aufgabe der demokratisch eingestellten Staatsbürger ist, sich zu einer Verteidigung des demokratischen Staates und zur Abwehr von Angriffen bereitzuhalten', wie es der Berliner 'Freiheitsbund' tue. Die Männer des 'Freiheitsbundes' tragen einheitlich graublaue Hemden und zum Teil

graue Windjacken."

Wir werden in der nächsten Nummer der "Freiheitsfackel" auf diesen Artikel des SPD-Pressedienstes noch ausführlich zurückkommen.

D. Red.

L e s e r z u s c h r i f t e n

"Butter-Hoffmann"

Liebe Kameraden! Wer von Euch kann mir darüber Auskunft geben, ob der Inhaber von der Firma "Butter-Hoffmann" identisch ist mit dem Hoffmann vom Vorstand der "Deutschen Partei"? Dann würde ich lieber zwei Minuten weiterlaufen.

OP

"Heimkehrer"

Kameraden! Unter den letzten "Heimkehrern" fanden sich einige besondere Blüten:

SS-Untersturmführer Sorge (gen. "der eiserne Gustav")
SS-Oberscharführer Fickert
SS-Oberscharführer Kaiser.

Alle Kameraden, die etwas über diese SS-Männer (KZ Sachsenhausen) wissen, bitten wir sofort der Redaktion Mitteilung zu machen.

\+ +
+

N a c h r u f

Am Montag, dem 12. Dezember, verstarb unser Kamerad

Herbert L a n g n e r

nach kurzer schwerer Krankheit.

Die Tempelhofer Kameraden wissen, dass sie in Herbert Langner einen Kameraden verloren haben, der durch seine Opfer und seine Treue zum Freiheitsbund ihnen sehr viel gegeben hat. Sie werden ihn nie vergessen.

Am Freitag, dem 16. Dezember, fand die Trauerfeier im Krematorium Wilmersdorf statt. Eine Abordnung von sieben Kameraden in Sportbekleidung legte einen Kranz nieder und erwies ihrem Kameraden Herbert Langner die letzte Ehre.

+

H e r b e r t B a u e r

Im Gedenken an den am 25. Dezember 1952 ermordeten Polizisten Herbert Bauer legten die Kameraden des Freiheitsbundes einen Kranz an seinem Grab nieder.

Verantwortlich für den Inhalt: Richard Beck, p.Adr. Berlin-Halensee, Halberstädter Strasse 7 I